

Mehr privat, weniger Staat

Sektionschef Clemens Martin Auer will Privatisierungen im Gesundheitsbereich ankurbeln.

Seite 3

Ja zum Brenner Basistunnel

Verkehrsstaatssekretär Helmut Kukacka spricht sich für den Bau des Brenner Basistunnels aus.

Seite 2



Vorteil Langfristigkeit

Durch PPP kann bei Hochbauprojekten ein Fünftel der Kosten eingespart werden.

Seite 3

Dialog mit Winkler

PPP-Spezial
von den PPP Perspektiven am 13.9. in Wien

Die Zeitung der wiko wirtschaftskommunikation

Ausgabe 2/2006 • Österreichische Post AG • Info Mail • Entgelt bezahlt

TASK FORCE - REAKTIONEN I

Politprominenz dafür

Auf einhellig positives Echo quer durch die Parteien stieß die Forderung von IV-Vize Peter Koren nach einer PPP-Task Force in der Bundesregierung (siehe Artikel Seite 3). Sowohl BZÖ-Vizekanzler Hubert Gorbach als auch VP-Staatssekretär Helmut Kukacka und der Wiener SP-Stadtrat Rudolf Schicker sprachen sich für die Installation einer solchen PPP-Anlaufstelle aus.

TASK FORCE - REAKTIONEN II

Kanzler sagt „Ja“

Beim Tag der Industrie am Folgetag der PPP Perspektiven reagierte auch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel auf die breite Forderung der Wirtschaft, dem Thema Public Private Partnership mehr Raum zu geben. Schüssel sagte im Rahmen der Festveranstaltung „60 Jahre Industriellenvereinigung“ in Wien, dass man die Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft in den kommenden Jahren forcieren wolle.

Editorial

Langer Atem

Als die wiko ihre PPP-Initiative vor rund zwei Jahren startete, wussten noch die wenigsten, was hinter den drei Buchstaben steckt. Doch langsam wächst die PPP-Fangemeinde. Auf die Veranstaltung, die wir gemeinsam mit der Industriellenvereinigung organisiert haben, hat sogar der Bundeskanzler wohlwollend reagiert – siehe obenstehender Artikel.

Zugegeben, der schnelle politische Erfolg ist bei diesem Thema schwierig. Wer reüssieren will, braucht neben einer langfristigen Strategie auch jede Menge Durchhaltevermögen. Doch bis jetzt hat sich das Investment ausgezahlt. Und dem großen Ziel, der Einrichtung einer Task Force auf Bundesebene, waren wir noch nie so nah.

ULRICH MÜLLER
Geschäftsführer
wiko wirtschaftskommunikation

PPP: Experten fordern Task Force

Mehr als 200 Teilnehmer informierten sich am 13. September bei den PPP Perspektiven im Wiener Haus der Industrie über aktuelle PPP-Projekte und die Zukunftsaussichten für die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

Das von der Industriellenvereinigung in Zusammenarbeit mit wiko wirtschaftskommunikation und Feri Thierry Kommunikationsberatung & Lobbying organisierte Fachforum war prominent besetzt: Vizekanzler Hubert Gorbach eröffnete die Veranstaltung und plädierte für einen intensiveren Informationsaustausch zwischen Wirtschaft und Politik. Schließlich sei PPP mehr als nur eine moderne Finanzierungsvariante, so Gorbach: „Es geht darum, dass sowohl öffentliche Hand als auch Privatwirtschaft ihre eigenen Stärken in eine Partnerschaft einbringen.“

IV-Forderung. IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren forderte die Bundesregierung auf, eine PPP-Arbeitsgruppe nach deutschem Vorbild, eine so genannte Task Force, einzurichten. Franz Morak, Staatssekretär für Kunst und Medien, warnte vor einer Umsetzung von PPP-Projekten nur aus Finanzierungsgründen: „Es geht nicht nur um die Kostenfrage, sondern auch um das sinnvolle Teilen



Infrastrukturoffensive. Regierungsbeauftragter Richard Schenz, Investkredit-Vorstand Wilfried Stadler, IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren und Bundesminister Hubert Gorbach (v.l.) blickten in die PPP-Zukunft.

des Risikos, der Kosten und der Verantwortung genauso wie der Chancen und Erträge“, so Morak.

Experten aus Deutschland erklärten, in welche Richtung sich die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft in Österreich entwickeln könnte. Die Errichtung einer Task Force in Berlin habe PPP in Deutschland stark forciert, berichtete Hege Pols, Mitglied dieser PPP Task Force. In Deutschland habe man sich zum Ziel gesetzt, die

PPP-Quote in den kommenden Jahren von momentan rund fünf Prozent auf 15 Prozent zu steigern. „Um dieses Ziel erreichen zu können, wurde ein PPP-Vereinfachungsgesetz beschlossen. Bundeseinheitliche Leitfäden und klare Bestimmungen im Vergaberecht werden der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft weiteren Rückenwind geben“, so Pols. Eine solche Arbeitsgruppe forderten auch österreichische Teilnehmer: „Die

Expertise einer unabhängigen Task Force auf Bundesebene ist nötig“, so Wilfried Stadler.

Der Investkredit-Generaldirektor forderte nicht nur die Einrichtung einer Task Force, sondern auch den Mut zur Umkehr der Beweislast: „Mittlerweile wurden viele guten PPP-Projekte umgesetzt. In Zukunft sollten nicht mehr PPP-Projekte bewiesen müssen, welche Vorteile sie mitbringen, sondern herkömmliche Varianten.“

Schulterschluss für den Erfolg

Mit Veranstaltungen wie den PPP Perspektiven oder der ibet schafft das Beratungsunternehmen wiko wirtschaftskommunikation Plattformen, auf denen sich alles um die erfolgreiche Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft dreht.

Den Anfang machte die ibet 2005 – das 5. Forum für Finanzierung und Beteiligung, das im Innsbrucker Congress über die Bühne ging. Das Beratungsunternehmen wiko wirtschaftskommunikation veranstaltete mit der ibet die erste Tagung, auf der ein umfassender Überblick über Public Private Partnerships in Tirol gegeben wurde. wiko-Geschäftsführer Ul-



wiko schafft Plattformen. Auf der ibet in Bozen begrüßte wiko-Chef Ulrich Müller (l.) Polithochkarrierer wie Luis Durnwalder (m.) und Karel van Miert (r.).

rich Müller: „Die Veranstaltung mit rund 200 Besuchern war Höhepunkt einer PR-Kampagne, zu der auch die Erstellung einer Studie, Hinter-

grundgespräche mit Journalisten, eine Pressekonferenz und weitere Maßnahmen zählten.“ Eines der zentralen Projekte auf der Innsbru-

cker ibet war der Bau und die Finanzierung des Brenner Basistunnels. Das Verkehrs-Jahrhundertprojekt stand auch im Herbst 2005 im Mittelpunkt der ibet in Bozen, auf der EU-Koordinator Karel van Miert vor 250 Besuchern ein klares Bekenntnis zum Tunnel zwischen Innsbruck und Franzensfeste ablegte. Den regionalen PPP-Reigen komplettierte die ibet in Dornbirn. Noch am Veranstaltungstag selbst gab LH Sausgruber den Auftrag, eine PPP-Arbeitsgruppe in der Landesregierung einzurichten. Müller: „Unsere Strategie ist stets gleich: Wir bündeln die Kräfte mehrerer, sich nicht konkurrierender Unternehmen, um so dem gemeinsamen Interesse zum Durchbruch zu verhelfen. Beim Thema PPP ist das gelungen.“

„Jeder strickt nach eigenem Muster“

Im Gesundheitspanel wurden weitere Privatisierungen angekündigt. Das Vergaberecht soll reformiert werden.

Eine stärkere Privatisierung des Gesundheitsbereiches in Österreich forderte Clemens Martin Auer, Kabinettschef im Gesundheitsministerium, im Panel Gesundheit. Auer sagte, dass Österreich im internationalen Vergleich „viel zu viele“ Spitalsbetten habe. Das Motto müsse heißen: ambulant vor stationär. Der Versorgungsauftrag müsse aber sichergestellt sein. „Unter gewissen geografischen Bedingungen rentiert sich der Betrieb eines Krankenhauses aber einfach nicht“, so Auer weiter. Raoul Hoffer (Binder Grösswang) kritisierte die mangelnden Rahmenbedingungen für PPP im Gesundheitswesen: „Derzeit strickt jeder nach seinem eigenen Muster. Jede kleinere Gemeinde hat eine andere Art von PPP.“ Bei einer Zerstückelung gingen aber viele Vorteile verloren.

Vergabe neu. Potenzial für eine bessere Anwendbarkeit von PPP liege in einer Reform der Vergaberichtlinien. Derzeit bestehe eine komplizierte rechtliche Situation – mit der Folge, dass Gemeinden vor PPPs zurückschrecken oder dass die Ausschreibungskosten schon einen beträchtlichen Budgetteil verschlingen. „Geld für PPP-Gesundheitsprojekte seitens der Banken ist genügend vorhanden“, so Wolfgang Viehauer von der Kommunalkredit. Im Gesundheitsbereich sei die Finanzierung weit weniger ein Problem als in anderen Bereichen, es gehe eher um die laufenden Kosten. „Deshalb werden Investitionsentscheidungen oft in Kombination mit Reorganisations- und Restrukturierungsmaßnahmen getroffen“, sagte Michael Heinrich, Kommunikationsdirektor der Vamed. „Bei PPPs



PPP-Gesundheit. Raoul Hoffer (Binder Grösswang) und Jan Pazourek (WGKK).

im Krankenhausbereich spielen langfristige betriebswirtschaftliche Überlegungen eine Rolle.“ Bei ärztlichen Leistungen sei das Sparpotential allerdings gering, wenn man das medizinische Niveau halten wolle.

Julian Hadschieff, Geschäftsführer Humanocare/Humanomed sagte, dass PPP dann funktionierbarer, wenn Abläufe genau beschreibbar und definierbar sind – zum Beispiel in der Pflege oder im Reha-Bereich. Auf

PPP setzt auch die Wiener Gebietskrankenkasse. Gemeinsam mit der Stadt Wien und den Barmherzigen Brüdern wird das neue Dialysezentrum abgewickelt. Jan Pazourek, Pressesprecher der WGKK: „Es kann aber nicht heißen: Wer PPP macht ist modern, wer nicht, ist altmodisch.“

Transparenz. Bernhard Rupp, Leiter des Kompetenzzentrums Public Private Partnership im Gesundheitswesen an der FH Krems, kritisierte die mangelnde Vernetzung und zu wenig Erfahrungsaustausch. Die Folge wären unterschiedliche Einstellungen der Bundesländer und Gemeinden. „Das Lernpotenzial könnte viel größer sein, wenn die Kommunikation transparenter wäre“, erläuterte Rupp.

IV für höhere PPP-Quote

IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren will, dass 15 Prozent der öffentlichen Investitionen mittelfristig über PPPs abgewickelt werden.

Wird in den Infrastrukturbereich investiert, dann ist das für den Lebensstandard in Österreich von entscheidender Bedeutung – Wirtschaftsstandort und Bürger profitieren von Investitionen in Schulen, Straßen- und Bahnverbindungen oder eine erstklassige Wasserversorgung. „Damit PPPs in Österreich in Zukunft tatsächlich verstärkt zum Einsatz kommen, bedarf es der Einrichtung einer PPP-Task Force“, sagte IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren auf den PPP Perspektiven. Mit PPPs wolle man aber den Gebietskörperschaften nicht ihre Gewährleistungsaufgaben nehmen. Es gehe darum, die staat-

liche Aufgabenwahrnehmung mit privatwirtschaftlichen Ansätzen zu verknüpfen. Eine PP-Partnerschaft gelinge dann, wenn jeder das einbringt, was er am besten kann: Die Unternehmen beispielsweise das Aufstellen von Finanzierungsmodellen oder die Abwicklung von Großprojekten, die Behörden das Abwickeln von Genehmigungsverfahren und den Erlass von Bescheiden. Koren: „Zielsetzung ist, dass 15 Prozent der öffentlichen Investitionen mittelfristig über PPPs abgewickelt werden.“

Task Force. Neben der Steigerung der Anzahl von Pilotprojekten sei insbesondere die Einrichtung eines Kompetenzzentrums, einer so genannten Task Force, essentiell. In Deutschland wurde schon 2001 eine Task Force eingeführt. Koren: „Ein derartiges Kompetenzzentrum für



Mehr PPP. IV-Vize Peter Koren.

PPP soll einheitliche Anlauf-, Koordinations- und Beratungsstelle sein. Das bedeutet sowohl für den Staat als auch für die Unternehmen eine wesentliche Erleichterung und Effizienzsteigerung.“

Hochbau: Lernen von Deutschland

Durch Public Private Partnership könne man bei Hochbau-Projekten bis zu 20 Prozent der Kosten einsparen, sagte der Vorarlberger Bauunternehmer Hubert Rhomberg.

Wenn die Budgets schmaler werden, sind Kosteneinsparungen oft die oberste Maxime – auch im Hochbau spürt man diese Auswirkungen. „Ein oft unterschätzter Faktor bei Bauprojekten sind die Betriebskosten. Die sind nämlich viermal so hoch wie die Investitionskosten“, erklärte Hubert Rhomberg im Hochbau-Panel.

Retourkutsche. Werde beim Bau gespart, komme die finanzielle Retourkutsche in den Folgejahren. Rhomberg plädierte dafür, die Lebenszykluskosten des jeweiligen Bauprojektes zu errechnen. Dies sei



Geringere Kosten durch PPP. Bauunternehmer Hubert Rhomberg.

der wesentliche Vorteil von PPP-Modellen, die in der Regel den Betrieb der Gebäude inkludieren, so Rhomberg weiter. Bei herkömmlichen Projekten würde in kleinen

Teilbereichen gedacht und kalkuliert, kritisierte er. Zum Beispiel wird oft ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben: Das schönste Projekt gewinnt, obwohl es in punkto Betriebskosten nicht langfristig genug geplant ist. Das hält Rhomberg für grundlegend falsch: „Schließlich will man ja auch keine Schönheitskönigin heiraten. Die ist zwar schön, aber meistens nicht die Richtige für eine langfristige Partnerschaft.“ Durch PPP könne man bei Hochbau-Projekten bis zu 20 Prozent der Kosten einsparen.

Spezialisten. Neben Rhomberg referierten weitere Spezialisten im Panel „Hochbau“: Dirk Haecker von dem deutschen Beratungsunternehmen „Drees & Sommer“ veranschaulichte das PPP-Projekt „Landratsamt Bodenseekreis“ in Friedrichshafen. Michaela Stein-

acker, die Geschäftsführerin des ÖBB-Immobilienmanagements, skizzierte das PPP-Potenzial am Beispiel der Bahnhofsoffensive. Im Anschluss sprach Direktorin Brigitte Jilka über Modelle der Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft im Wirkungsbereich der Wien Holding.

Hemmschuh Vergabe. Die Referenten waren sich größtenteils einig, dass das Vergaberecht in Österreich den größten Hemmschuh für PPP-Projekte darstellt. Es fehle auch an Unterstützung für die Kommunen, die oft mit Public Private Partnership überfordert seien. Die Forderung nach einem politischen Bekenntnis wurde laut: „In Deutschland gab es ein klares Bekenntnis der Politik, die Task Force wurde verwirklicht. Auch wir brauchen diesen Impuls“, forderte Rhomberg.

PPP-LOBBYING

Politik tickt anders

Feri Thierry betreibt in Wien eine Lobbying- und Kommunikationsberatung. Im Interview mit „Dialog mit Wirkung“ sagt der Spezialist für den öffentlichen Bereich, warum gerade bei PPP-Projekten die Vermittlungsleistung zwischen Privat und Staat erfolgsentscheidend ist.

Feri Thierry, tickt der öffentliche Bereich wirklich so anders als die Privatwirtschaft?



Ja, natürlich – und das darf man nicht im negativen Sinn verstehen. Die Strukturen sind andere, die Entscheidungsprozesse sind andere, die Kommunikationswege sind andere. Für Lobbying-Aktivitäten im öffentlichen Bereich muss man genau wissen, wie man ansetzt und wer die richtigen Ansprechpartner sind. Für einen Außenstehenden ist das alles meist nicht erkennbar. Darum zahlt es sich auf jeden Fall aus, professionelle Beratung zu nutzen.

Was bedeutet das für Public Private Partnerships?

Wir können davon ausgehen, dass PPP-Projekte an Bedeutung gewinnen. Viele Unternehmen wollen mit der öffentlichen Hand kooperieren, und die öffentliche Hand selbst ist auf die Zusammenarbeit mit Privaten zunehmend angewiesen, um bestimmte Leistungen aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern. Da es in Österreich keine PPP-Agentur gibt, die als one-stop-shop und als Beratungsdienstleister für potenzielle PP-Partner fungiert, ist etwa das Know-how meines Unternehmens auch in diesem Bereich eine sinnvolle Hilfestellung. Wir wissen aus langjähriger Erfahrung sehr gut, wie man Kooperationen mit dem öffentlichen Sektor gestaltet und worauf dabei zu achten ist.

Wird der öffentliche Bereich nicht obnein immer „privater“ agieren?

Natürlich bedient sich der öffentliche Sektor zunehmend privatwirtschaftlicher Instrumente, denken Sie nur an Ausgliederungen oder Globalbudgets. Aber der Staat ist eben kein Unternehmen, und er wird auch keines werden. Ganz entscheidend ist meinen Erfahrungen nach eines: Der öffentliche Bereich steht unter direktem Einfluss der Politik. Mit den entsprechenden Mechanismen muss man daher vertraut sein, wenn man etwas bewegen will.

Danke für das Gespräch!

STATISTIK

Gutes Verhältnis

PPP-Veranstaltungen zeichnen sich zumeist dadurch aus, dass Unternehmensvertreter untereinander darüber diskutieren, wieso es so wenige PPP-Projekte gibt. Bei den PPP Perspektiven war das anders: 23 der insgesamt 49 Referenten und Diskussionssteilnehmer kamen aus dem Bereich der öffentlichen Hand, einer von drei Besuchern war Vertreter von Bund, Ländern oder Gemeinden.



Lobbyist Feri Thierry, Robert Wollendorfer (Siemens), Werner Schuster (MA44).



Michael Heinrich (Vamed), Peter McDonald (Wirtschaftsbund).



Thomas Zach (Staatsdruckerei), Heidrun Strohmeier (BMBWK).



Franz Haimerl (Leitner & Leitner), Holger Duffner (Drees & Sommer).

IMPRESSUM

Dialog mit Wirkung ist eine Zeitung der wiko wirtschaftskommunikation. Medieninhaber und Herausgeber: wiko wirtschaftskommunikation GmbH, Franz-Fischer-Str. 7, A-6020 Innsbruck. Tel. +43(0)512-563840. Für den Inhalt verantwortlich: Ulrich Müller. Redaktion und Layout: wiko wirtschaftskommunikation. Fotos: Andi Bruckner, wiko, www.wiko.co.at



Südtiroler Runde. Den Finanzexperten Christoph Rainer und Martin Graziadei, Moderator Günther Strobl und Speckproduzent Franz Senfter (v.l.) blieb in den Pausen genügend Zeit zum Pflegen des Pusterer Dialekts.



Man spricht vorarlbergerisch. wiko-Gesellschafter Dieter Bitschnau, Hypo-Vorarlberg-Vorstand Michael Grammer, Bauunternehmer Hubert Rhomberg und Vorarlbergs Landesfinanzdirektor Egon Mohr (v.l.).

PPP Perspektiven 06: Blitzlichter

Auf den PPP Perspektiven wurde nicht nur in Panels und Podiumsdiskussionen gefachsimpelt. Die mehr als 200 Teilnehmer nutzten die Veranstaltung zu angeregten Wirtschaftsdialogen.

Die österreichische PPP-Landschaft profitiert von einem regen Erfahrungsaustausch, machte Hausherr und IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren schon zu Beginn der Veranstaltung im Wiener Haus der Industrie klar – die Einladung zum PPP-Small-Talk wurde von den Teilnehmern dankend angenommen.

Weit gereist. Die weiteste Anreise hatten die Referenten aus Brüssel, wie Generaldirektor a.D. Alexander Schaub von der EU-Kommission. Die Vorarlberger Delegation rund



PPP-Experten unter sich (v.l.). Johann Barbist (Binder Grösswang), Ulrich Müller (wiko-Gesellschafter), Claudia Schmieid (Kommunalkredit) und Bernhard Rupp (FH Krams).

um Hypo-Vorstand Michael Grammer und Egon Mohr (Amt der Vorarlberger Landesregierung) unterhielt sich angeregt mit „ihrem“ Minister Hubert Gorbach. Als PPP-Experten erwiesen sich auch die Mit-

glieder der Südtiroler Fraktion rund um Speckproduzent Franz Senfter, der sich mit seiner Finanzierungsgesellschaft Euregio Finance am Bau des Brenner Basistunnels beteiligen möchte. Weiters gesichtet: eine



Baufachleute (v.l.). Michaela Steinaecker (ÖBB), Gisela Gary (Bauzeitung) und Christoph Stadlhuber (BIG).

starke Abordnung der Strabag rund um Erich Anmasser, Alexander Luschin von der BEG Brenner Eisenbahn GmbH, Porr-Finanzvorstand Helmut Mayer und Kapsch Telematic-Chef Walter Hecke.

„Wir sind E-Government-Spitze“

Die Chancen für PPP im IT-Bereich sind groß, vor allem im E-Government und beim E-Learning. Viele Projekte scheitern aber noch aus Mangel an Erfahrungswerten.

Staatssekretär Franz Morak lobte die von Österreich inzwischen eingenommene EU-Vorreiterrolle bei der elektronischen Verwaltung. „Mittels Kooperation zwischen Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und dem Know-how Privater konnte in kürzester Zeit die elektronisch flächendeckende



EU-Vorreiterrolle. Franz Morak lobte Österreichs Verwaltung.

Abwicklung aller Verwaltungsverfahren umgesetzt werden: Sei es die Online-Steuererklärung, die digitale

Signatur oder auch innovative Maßnahmen im Bildungsbereich.“

Möglichkeiten und Risiken. Heidrun Strohmeier vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstrich die Möglichkeiten, die sich aus künftigen Partnerschaften von IT-Unternehmen und Schulen ergeben. Gerade in den Bereichen E-Learning und E-Training seien die Chancen durch PPP nach oben offen und würden zur maßgeblichen Verbesserung von Lehrangebot und –qualität beitragen. Etwas vorsichtiger zum Erfolgskonzept

IT und PPP äußerten sich Thomas Zach (Generaldirektor-Stellvertreter Staatsdruckerei) sowie Roland Ledinger (Bundeskanzleramt). 80 Prozent der IT-Projekte würden nach wie vor scheitern – sei es aus Mangel an Erfahrungswerten, durch unterschätzte Risiken oder durch Probleme, die sich aus einer Vertragspartnerschaft ergeben.

Ulf Steinmetz stellte das Projekt „dNRW“ vor. Mit dieser eGovernment-Plattform will das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen ämterübergreifend mehrere Verwaltungsvorgänge digitalisieren.

Wir danken unseren Partnern und Sponsoren:

